

# Wir brauchen den Umbau jetzt

Corona darf kein Vorwand sein, den Green Deal aufzuschieben

KOMMENTAR:  
Jan Plagge

**Die Strategie „Vom Hof auf den Teller“ und die Biodiversitätsstrategie sind Teil des Green Deal der Europäischen Kommission. Beide sollten im April vorgestellt werden, nun sieht es so aus, als würden sie noch einmal verschoben. In der Corona-Krise müsse man sich auf das „Bewährte“ stützen, argumentiert der konservative Teil der Agrarpolitik. Doch gerade jetzt dürfen Klima- und Umweltschutz nicht hintangestellt werden, fordert Jan Plagge, Präsident von Bioland und der IFOAM EU-Gruppe.**

Noch bis Anfang März waren sich viele Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft einig: Ein „Weiter so“ ist keine Option mehr. Das gilt für die Landwirtschaft genauso wie für das Gesamtsystem unserer Ökonomie. Wollen wir unsere Lebensgrundlagen bewahren und zum Positiven entwickeln, müssen wir unsere Art des Lebens und Wirtschaftens deutlich verändern. Vor allem der Klimawandel schreitet wesentlich schneller voran und entfaltet seine fatalen Auswirkungen viel früher, als wir es bisher angenommen hatten. Entwicklungen, die Klimaforscher in ihren Szenarien erst für Mitte des Jahrhunderts vorhergesehen hatten, werden jetzt schon sichtbar. Auch der rasante Rückgang der Artenvielfalt, der unsere eigenen Lebensgrundlagen unmittelbar bedroht, fand zunehmend Raum im gesellschaftlichen Bewusstsein.

So war es nur folgerichtig, dass die Europäische Kommission im Dezember ihren Green Deal vorstellte. Sie versteht ihn als Fahrplan für eine nachhaltige Wirtschaft in der Union. Mit dem Green Deal soll die EU unter anderem das Klimaziel, bis 2050 keine Netto-Treibhausgasemissionen mehr freizusetzen, erreichen. Auch wenn es für manche Akteure überraschend war, wie deutlich die neue, konservativ geführte Kommission den Umbau unseres Wirtschaftens in den Mittelpunkt ihres Mandats stellte, war dies konsequent und wurde breit getragen.

Um diesen Umbau konkret zu machen und die gemeinsame Politik der Europäischen Union in diese Richtung zu lenken, hat die Kommission 40 Initiativen angeschoben. Für die Landwirtschaft insbesondere

wichtig sind zwei Strategien, die „Farm-to-Fork-Strategie“ – vom Hof auf den Teller – und die Biodiversitätsstrategie. Beide wollte die EU-Kommission im April vorstellen, nun sieht es so aus, als sollten sie mit Blick auf die Corona-Krise noch einmal verschoben werden.

Beide Strategien sind keine neuen Verordnungen, sondern sie beschreiben Wege in die Zukunft, die mit konkreter Politik unterlegt werden sollen. Am Ende soll ein faires, gesundes und umweltfreundliches Ernährungssystem stehen. Die bisher bekannt gewordenen Entwürfe lesen sich bemerkenswert deutlich: Hier stehen die Klimakrise und der Schwund der Artenvielfalt in Zusammenhang mit Problemen der Lebensmittelsicherheit, mit Fehlernährung, Antibiotikaresistenzen, Lebensmittelverschwendung und globalem Handel. Ausmaß und Tempo der bisher eingeleiteten Veränderungen genügen nicht, so die Kommission, um die Ziele einer nachhaltigen Lebensmittelversorgung zu erreichen. Neue politische Impulse sind nötig. Obwohl die Landwirtschaft ein zentraler Teil der Strategie ist, wird das Papier nicht von der Generaldirektion Landwirtschaft, sondern federführend im Gesundheitsressort vorbereitet. In Brüssel wird das so gedeutet: Man traut der Landwirtschaft eine echte Reformfähigkeit nicht mehr zu.

## Corona als Vorwand

Die Ziele und Handlungsfelder für die Landwirtschaft sind ambitioniert, unter anderem sollen Pestizid- und Antibiotikaeinsatz deutlich reduziert werden, ebenso die Düngung. Es soll mehr Ökolandbau geben. Ein zentrales Instrument dafür sollen die nationalen Strategiepläne in der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union (GAP) sein. Hierin liegt die Chance, dass die Farm-to-Fork-Strategie nicht nur ein weiteres schönes Papier ist, sondern wirkliche Veränderungen einleitet.

So ist es nicht überraschend, dass sich Widerstand gegen die Strategie formiert. Er wird von all jenen getragen, die das heutige Landwirtschafts- und Ernährungssystem bewahren wollen und größere Politikreformen ablehnen. Vor allem die GAP mit ihren



FOTO: SONJA HERPICH

Direktzahlungen soll so bleiben, wie sie ist. Diesen Politikern und Berufsvertretern gilt die Corona-Epidemie als Vorwand, erst einmal nichts zu verändern und sich auf das „Bewährte“ zu stützen. Doch das angeblich Bewährte hat sich eben nicht bewährt.

## Der Green Deal ist kein Luxus

Wir reiben uns die Augen, wie schnell angesichts von Corona Ressourcen in unfassbarem Ausmaß mobilisiert wurden. Wie tief die Maßnahmen in die Wirtschaft und das Leben jedes Einzelnen einschneiden. Wie sehr die Politik der Expertise der Wissenschaft folgt. Die immer dringlicheren Mahnungen der Klimaforscher, katastrophale Dürren, Waldbrände, Stürme und andere Wetterkatastrophen haben nicht im Entferntesten zu ähnlichem politischen Eingreifen geführt.

Wir dürfen Krisen, die das Leben von Menschen bedrohen, nicht unmittelbar vergleichen. Wir dürfen sie erst recht nicht gegeneinander ausspielen – doch das geschieht gerade, wenn die Fraktion der konservativen Parteien im Europaparlament (EVP) und Bauernverbände nun fordern, die Prioritäten anders zu setzen: Den Status quo gelte es in der Corona-Krise zu stabilisieren, der Green Deal wird angeblich zum Luxus, den man sich in der jetzigen Situation nicht leisten kann.

Das ist falsch. Denn natürlich bestehen Zusammenhänge zwischen all diesen Entwicklungen und

„In einer nach Corona wiederbelebten Wirtschaft muss die Land- und Ernährungswirtschaft erneuert sein“ Jan Plagge

Phänomenen. Wenn die Corona-Epidemie so fatale Folgen auf die Wirtschaft hat, dann eben auch, weil unsere Art des Wirtschaftens ungesund ist. Sie basiert – kurz gesagt – auf einer weltweiten Ausbeutung billiger Ressourcen und billiger menschlicher Arbeitskraft. Sie basiert auf der Zerstörung von Natur und Umwelt und resultiert in einer absehbaren Klimakatastrophe.

Eine weitergedachte Strategie muss hier ansetzen. Wir müssen unsere Agrar-, Wirtschafts- und Handelspolitik so vorantreiben und gestalten, dass wir die wirtschaftliche Existenz der Menschen, in unserem Fall der Bauern und Bäuerinnen, mit Umwelt- und Klimaschutz verbinden. Daher darf es keinen Rückfall in alte Muster geben: Auch und gerade in der akuten Gesundheitskrise und der schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft müssen wir die Weichen so stellen, dass sich eine wiederbelebte Wirtschaft insgesamt und auch die Land- und Ernährungswirtschaft verändert und erneuert.

## Die alte Formel gilt nicht mehr

In einem nachhaltig gedachten System sind Klimaneutralität und gesunde Ökosysteme eben kein Luxus, sondern genauso lebensnotwendig wie ein funktionierendes Gesundheitssystem. Ernährungssicherung, der Erhalt der Lebensgrundlagen weltweit und faire Wettbewerbsbedingungen gehören zusammen. Die alte Formel der europäischen Agrarpolitik, mehr (subventionierte) Wettbewerbsfähigkeit führe zur Existenzsicherung der Landwirte und damit zur Ernährungssicherheit, ist nicht mehr gültig. Die Bewahrung der Lebensgrundlagen gehört zwingend dazu.

Um die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik für diese Gleichung zu nutzen und nicht weitere wertvolle sieben Jahre zu verlieren, brauchen wir die Farm-to-Fork-Strategie und die Biodiversitätsstrategie vor den abschließenden Verhandlungen zur GAP, die im Herbst zu erwarten sind. Die Strategien zu veröffentlichen, wenn alle Messen gelesen sind, wäre sinnlos. Sie müssen die Basis sein, auf der die europäische Agrarpolitik in Richtung einer nachhaltigen Ernährung umgebaut wird. Denn während wir versuchen, die Corona-Krise zu überstehen, ist keines unserer anderen Probleme verschwunden. Wir können diese globalen und existenziellen Krisen nur im Zusammenhang bewältigen. Corona muss dafür ein weiterer Anlass sein und kein Vorwand zum Aufschub. ←